



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XV/265 - Hannover, 21. November 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Ausstrahlungskraft über die Grenzen hinaus</u> Zur Eröffnung des SPD-Parteitages in Hannover	48
2 - 3	<u>Niedersachsen geht mit der Zeit</u> Von Hinrich Wilhelm Kopf, Ministerpräsident von Niedersachsen	62
6	<u>Schröders unglückliche Hand</u> Sozialdemokratie wird Aushöhlung des Grundgesetzes nicht dulden	41
5 - 7	<u>Großbritannien und Europa</u> Von Roy Jenkins, Mitglied des britischen Unterhauses	121

* * * *

* * *

Ausstrahlungskraft über die Grenzen hinaus

Zur Eröffnung des SPD-Parteitages in Hannover

sp- Als der diesjährige Parteitag der SPD in der Niedersachserhalle zu Hannover vom stellvertretenden Vorsitzenden Herbert **HEINER** eröffnet wurde, wusste man: Die Welt blickt auf diese älteste deutsche Partei, die mit ihren annähernd 650 000 Mitgliedern das feste Fundament der deutschen Demokratie ist. Nicht nur befreundete Organisationen des In- und Auslandes haben ihre Vertreter gesandt, auch zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bekundeten durch ihre Anwesenheit das starke Interesse an dem politischen Ereignis, das in dieser Woche weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus strahlen wird. Die Vertreter der in der provisorischen Bundeshauptstadt akkreditierten Botschaften gehören seit langem zu den Gästen der SPD-Parteitage. Diesmal jedoch übertraf ihre Zahl bei weitem alle vorausgegangenen Kongresse der SPD. Das ausserordentliche Interesse der deutschen und ausländischen Öffentlichkeit an dem Geschehen in Hannover kann auch an der starken Beteiligung der in- und ausländischen Presse, sowie der Rundfunkanstalten gemessen werden. 275 deutsche und 135 ausländische Pressevertreter stellen wohl den Rekord der publizistischen Anteilnahme an einem Parteitag dar.

Es gehört zum Wesen der Deutschen Sozialdemokratie, dass sie ihre entscheidenden Diskussionen auf Parteitagen vor aller Öffentlichkeit führt. Sie will dem deutschen Volk, aber auch dem Ausland Einblick in die geistigen Strömungen geben, die sich in freimütigen Aussprachen miteinander konfrontieren. Deshalb werden die Pressevertreter - im Gegensatz zu anderen Behauptungen - Gelegenheit haben, nicht nur die Diskussionen der Plenarsitzungen, sondern auch die Aussprachen in den Arbeitsgemeinschaften zu verfolgen. Die auf diesem Parteitag zum erstenmal mit den Einrichtungen von Arbeitsgemeinschaften für besondere Sachgebiete entwickelte Methode wurde bewusst gewählt, um noch stärker als bisher die innerparteiliche Diskussion zu befruchten, da erfahrungsgemäss in grossen Plenarsitzungen Detailfragen bei der Diskussion zu kurz kommen können.

Auch dieser neue Schritt der Deutschen Sozialdemokratie ist ein Beweis für ihre innere Stärke und für das Bemühen, jedem Bürger unseres Staates Gelegenheit zu geben, das Werden einer Politik zu beobachten.

Der erste Tag des Kongresses von Hannover stand im Zeichen der Begrüssungen der in- und ausländischen Gäste. Das grosse Ereignis des Ausdrucks innerer Verbundenheit mit den Vertretern der sozialistischen Bruderparteien zeigt die Freundschaft, die unsere Deutsche Sozialdemokratie mit den Parteien des demokratischen Sozialismus in der ganzen Welt verbindet.

Dieses auf Gegenseitigkeit beruhende und seit Jahrzehnten bestehende Vertrauen ist der entscheidende Grund für die Tatsache, dass unser deutsches Volk nach den furchtbaren Jahren der Hitler-Diktatur und des Krieges mit seinen Verwüstungen und Schrecknissen so verhältnismässig schnell wieder Ansehen in der Welt gewinnen konnte. Es waren die Parteien der Sozialistischen Internationale, die als erste die Legende von der "Kollektivschuld des deutschen Volkes" zerstörten. Dafür danken wir ihnen!

Niedersachsen geht mit der Zeit

Von Heinrich Wilhelm Kopf, Ministerpräsident von Niedersachsen

Die niedersächsische Landeshauptstadt steht in diesen Tagen im Zeichen des Parteitages der organisatorisch und zahlenmässig grössten und gleichzeitig ältesten deutschen Partei. Es ist in der fast hundertjährigen Parteigeschichte das dritte Mal, dass das höchste Gremium der SPD in Hannover zusammentritt. Die Parteitage von 1899 und 1946 können als unübersehbare Marksteine in der Geschichte der Partei betrachtet werden. Im Jahre 1899 gingen die Sozialdemokraten mit der von August Bebel geprägten Zielsetzung von Hannover aus wieder an die Arbeit; im April 1946, unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes, begann Kurt Schumacher in Hannover mit dem Wiederaufbau der SPD und im Mai 1946 fand dann hier der erste Parteitag der sozialdemokratischen Partei nach dem Kriege statt, auf dem Kurt Schumacher zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde.

Von Hannover aus rief die SPD auf für eine nationale Politik, gegen Demontage und Kollektivschuldbezeichnungen und gegen die kommunistischen Anbiederungen aus dem Osten. In Hannover fassten im April 1949 die Sozialdemokraten auch die entscheidenden Entschlüsse gegen die alliierten Vorstellungen von der Verfassung der Bundesrepublik. Von hier aus setzten die Sozialdemokraten es durch, dass der Bund eine eigene Finanzhoheit bekam. Erst dadurch konnte ein wirklich lebensfähiger Bundesstaat geschaffen werden. Nicht vergessen sollten wir schliesslich auch, dass die SPD von Hannover aus in der Nachkriegszeit die Jugendamnestie in Gang gebracht hat.

In diese Tage der sozialdemokratischen Beratungen fällt auch ein Gedenktag, der zwar in der Öffentlichkeit wenig beachtet wird, an den zu erinnern, mir aber erlaubt sei: Niedersachsens Geburtsstag am 23. November 1946! An diesem Tage teilte mir der britische Gebietsbeauftragte die Bestätigung meiner Ernennung zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen mit. Am gleichen Tage wurden sieben weitere Persönlichkeiten zu Staatsministern ernannt. Zwei Mitglieder des damaligen Landesministeriums gehören heute noch dem Kabinett an. Ich erinnere

an diesen Tag, weil er deutlich macht, dass in diesem Lande die Sozialdemokraten seit vierzehn Jahren die führende politische Kraft sind und weil die Entwicklung gezeigt hat, dass man sie nicht umgehen kann.

Die vorläufige Verfassung dieses Landes trägt ebenso entscheidende Züge freiheitlicher, sozialer, demokratischer Politik, wie auch alle entscheidenden Massnahmen der Landespolitik den sozialdemokratischen Beitrag nicht verleugnen können. Ich sage dies bewusst als Sozialdemokrat und als Ministerpräsident einer Koalitionsregierung, die eine stabile Führung des Landes sicherstellt. Diese Regierungskoalition basiert nicht zuletzt auf der Anerkennung der Eigenständigkeit und der funktionellen Gleichberechtigung der Koalitionspartner - mit anderen Worten: das Gegenteil dessen, wie bisher in Bonn Koalitionspartner behandelt wurden.

Niedersachsen kann von sich behaupten, dass es unter sozialdemokratischer Führung stets mit der Zeit gegangen ist. Mit zahllosen Beispielen liesse sich diese Feststellung beweisen. Lassen sie mich hier nur z.B. an die fortschrittliche Schulpolitik, den Vertrag mit der evangelischen Kirche und den entscheidenden Anteil des Landes an der Schaffung der "Stiftung Volkswagenwerk" erinnern. Die Erschliessung des Emslandes und die Strukturverbesserung in der Landwirtschaft sind richtungweisende Massnahmen, ebenso die Beamtenrechtsreform und die Schaffung eines Netzes von Dorfergemeinschaftsschulen. Dies alles sind nur Beispiele dafür, in welchen wichtiger Massnahmen sich die Realisierung von Vorhaben sozialdemokratischer Politik widerspiegelt.

Der Parteitag 1960 findet die deutsche Sozialdemokratie wiederum an einem Markstein, gekennzeichnet durch eine programmatische Neuorientierung der Partei, durch ihre Konsolidierung und Entschlossenheit, die bestimmende politische Kraft in freien Teile Deutschlands zu werden. Der SPD kommt die Aufgabe zu, die der Zukunft zugewandten Kräfte unseres Volkes zur tätigen Mithilfe an der friedlichen Zusammenarbeit der Menschen und Völker aufzurufen.

Schröders unglückliche Hand

Sozialdemokratie wird Aushöhlung des Grundgesetzes nicht dulden

sp- Es will schon viel bedeuten, wenn ein so bedächtiger im Kampf mit der kommunistischen Infiltration erfahrener Mann, wie der Berliner Senator für Inneres, Joachim Lipschitz, sich voller Unmut über den letzten Akt Schröder'scher Gesetzgebungs-Initiative ausgelassen hat. Der Bundesinnenminister hat mit seinem Entwurf über ein gesetzliches Einreiseverbot ein Mackwerk geliefert, das, überwindet es die parlamentarischen Hürden, den innerdeutschen Reiseverkehr zum völligen Erlahmen bringen würde. Und dies unter dem Vorzeichen der Bekämpfung des kommunistischen Agentenunwesens.

Der Berliner Innensenator befürchtet, das Gesetz werde den Bewohnern Mitteldeutschlands die Flucht erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Gewiss, das Regime in Pankow tut sehr vieles zur Unterminierung der Bundesrepublik, es setzt überall Späher an und ist dabei in der Wahl der Mittel, Menschen für seine Dienste einzuspinnen, nicht gerade zimperlich. Ein weises Sprichwort sagt jedoch, man solle das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Genau das aber tut der Gesetzentwurf des Bundesinnenministers. Er überlässt es dem Ermessen irgendwelcher Zoll- und Grenzbeamten, oder anderer amtlicher Stellen, darüber zu befinden, ob ein unbescholtener Bürger der Bundesrepublik ausreisen oder die Familienangehörigen eines nach dem Westen geflohenen Bewohners Mitteldeutschlands einreisen dürfen. Er gibt diesen Stellen eine unerhörte, tief das Leben des einzelnen Bürgers berührende Machtvollkommenheit, und mehr noch, er verstoßt gegen den im Grundgesetz festgelegten Grundsatz der Freizügigkeit. Schröders Ein- und Ausreisebestimmungen, würden sie verwirklicht werden, vertiefen die innere Spaltung Deutschlands in einem bisher noch unbekanntem Maße, sie arbeiten den Herren in Pankow direkt in die Hände und wären sozusagen die Bonner Anerkennung der Zweistaaten-Theorie. -

Dieser Gesetzentwurf atmet den gleichen Ungeist, wie seine berückelte Vorlage zur Notstandsgesetzgebung. Hier wird unter dem Motto, die Freiheit zu schützen, die innere Ordnung zu bewahren, die Freiheit erwürgt und der Weg zur Willkür beschriftet. Um allen Missverständnissen vorzubeugen: Abwehrmassnahmen gegen die aus Pankow kommende Infiltration und auch Vorkehrungen für einen eintretenden Notstand sind gewisse nötig und kein Demokrat wird sich dagegen versperren. Aber man muss hier wohl zu unterscheiden wissen, wo man mehr schadet als nützt.

Die Deutsche Sozialdemokratie wird sich keinen vernünftigen Überlegungen und Gesetzesmassnahmen verschliessen: sie hat wiederholt ihren Willen zur Mitarbeit dafür bekundet. Sie wird aber nicht ihre Hand dazu hergeben, dass im Grundgesetz gewährte Freiheiten und Rechte des Staatsbürgers ausgehöhlt oder gar aufgehoben werden.

Grossbritannien und Europa

Von Roy Jenkins, Mitglied des britischen Unterhauses

In den letzten fünf Jahren haben sich die sechs Länder, die häufig als Klein-Europa bezeichnet werden -, nämlich Frankreich, Westdeutschland, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg - mit Riesenschritten der Einigung genähert!

Grossbritannien blieb dieser Entwicklung fern: Zunächst waren wir skeptisch, ob es den Sechs mit ihren Plänen für einen Gemeinsamen Markt auch wirklich ernst wäre. Später betrachteten wir die Frage zu sehr von wirtschaftlichen - im Gegensatz zum politischen - Standpunkt aus und glaubten, das Problem unserer Beziehungen zur neuen Europäischen Gemeinschaft durch Vorschläge für eine Freihandelszone, die sich über ganz Westeuropa erstrecken sollte, lösen zu können. Diese Vorschläge erwiesen sich für die Sechs als unannehmbar, denn sie waren daran interessiert, eine wirtschaftliche und politische Einheit zu schaffen und begnügten sich nicht mit der Aufhebung von Zollschranken. Zudem wollten sie ihre Pläne nicht durch Länder, die die volle Mitgliedschaft der Gemeinschaft ablehnten, verwässern lassen. Wir reagierten auf diese abschlägige Antwort, indem wir Frankreich die ganze Schuld zuschoben. Die übrigen Mitglieder der Gemeinschaft der Sechs jedoch erklärten sich mit ihrem französischen Partner solidarisch und unsere Beziehungen zu Europa waren gespannter als jemals seit 1945.

Sechs Satelliten und eine Sonne

Daraufhin versuchten wir, unsere Position zu verbessern, indem wir die Freihandelsassoziation mit den Äusseren Sieben schufen, in der die Skandinavier und das etwas unglücklich zusammengesetzte Trio Österreich, Schweiz und Portugal unsere Partner sind. Sie ist meiner Ansicht nach keine sehr zweckdienliche Organisation, teils weil die meisten Mitglieder, abgesehen von uns, bereits Länder mit sehr niedrigen Zöllen sind, teils weil das Vereinigte Königreich ein zu ausschlaggebender Partner ist - die Äusseren Sieben bestehen in Wirklichkeit aus sechs Satelliten, die um eine einzige Sonne kreisen. Ferner krankt sie daran, dass wir uns niemals darüber klar geworden sind, ob wir sie als Brücke zum Europa der Sechs oder als Waffe gegen dieses Europa benutzen wollen.

Faktisch war sie weder in der einen noch in der anderen Hinsicht sehr erfolgreich. Als das Unterhaus gegen Ende Juli unsere Europa-Politik erörterte - nach meiner Ansicht eine ausserordentlich deprimierende und negative Aussprache - schienen wir beinahe an einem toten Punkt angelangt zu sein. Die Sechs, voll Selbstvertrauen und erfolgreich, waren bereit uns aufzunehmen, sofern wir volles Mitglied des Gemeinsamen Marktes werden wollten, abgesehen davon aber wollten sie mit den Sieben keinerlei Sondervereinbarungen zur Überbrückung der Spaltung Europas treffen. Die britische Regierung nun, die weit

unsicherer und besorgter in die Zukunft blickte als die Sechs, war nicht gewillt, den Sprung zu wagen, hatte aber auch keine anderen konstruktiven Vorschläge zu machen. Es war also zu erwarten, dass wir ausserhalb der Gemeinschaft Westeuropas bleiben würden, die Kluft zwischen ihr und uns sich ständig vertiefte und der Fortschritt in der deutsch-französischen Annäherung (die wir uns 1945 wie kaum etwas anderes gewünscht hatten) sich gegen unsere Interessen kehren würde.

Seit Juli haben sich die Aussichten etwas gebessert. Eine Reihe von diplomatischen Schritten wurde unternommen, die, wenn auch mehr oder weniger geheimgehalten, zeigen, dass die Sechs (und insbesondere Westdeutschland) bereit sind, eine enge Assoziation mit uns zu erleichtern. Wir sollten diese Gelegenheit mit beiden Händen ergreifen. Wir könnten unserem Land kaum einen grösseren Schaden zufügen, als uns weiterhin von Europa fernzuhalten - und ich wäre durchaus bereit, die volle Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt anzunehmen, anstatt ihr aus dem Wege zu gehen.

Isolierung von Europa ?

Warum wäre eine Isolierung von Europa für uns so nachteilig? In erster Linie nicht etwa aus dem nächstliegenden Grunde, dass die Diskriminierung des Gemeinsamen Marktes unseren Export beeinträchtigte. Sie würde sich, glaube ich, relativ gering auswirken. Die eigentlichen Gründe sind von viel grösserer Tragweite.

Zunächst bilden die Sechs neben dem Sowjetblock die bei weitem dynamischste Wirtschaftseinheit. In der USA steigen die Produktionskapazität und das Nationaleinkommen zur Zeit längst nicht so rasch an; ebensowenig bei uns und bei unseren skandinavischen Partnern. Wir sind alle relativ träge geworden. Die Sechs dagegen arbeiten sich bei einem stetigen Zuwachs von 4 bis 5 Prozent im Jahre nach vorn. Wir könnten daher unserer Wirtschaft kaum einen grösseren Dienst erweisen, als ihr durch die Dynamik Klein-Europas neue Impulse zu verschaffen.

Nicht nur im rein wirtschaftlichen Sinne sind wir im Rückstand. Vor zehn Jahren waren unsere Sozialleistungen in der ganzen Welt unerreicht. Heute bleiben sie hinter denen der meisten Länder - vor allem was die Altersversorgung betrifft - weit zurück. Ein typischer Beweis für die unangebrachte Selbstzufriedenheit des Brives ist der Glaube, dass der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für uns einen Rückschritt bedeuten würde. Weit eher würde er uns auf manchem Gebiet einen Fortschritt einbringen.

Als nächstes ist das wichtigste politische Argument anzuführen. Der Gemeinsame Markt bedeutet für seine Mitglieder bereits eine Einheit der politischen Zielsetzung. Ihr Einfluss als Gemeinschaft ist bereits sehr gross. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass 1970 die Hauptachse der Westmächte von Washington nach Strassburg oder Brüssel

oder irgendeiner anderen Stadt, die als Hauptsitz der Europäischen Gemeinschaft gilt, verlaufen wird, und uns, die wir kraftlos an der Peripherie liegen, nicht mehr berührt. Unser Einfluss wäre grösser, wenn wir auf Kosten einer gewissen Souveränitätsseinbusse unseren vollen Beitrag zur europäischen Einigung leisteten.

Lebenswichtige Entscheidung

Als wichtigstes Gegenargument wird angeführt, dass wir dann unsere Stellung im Commonwealth aufgeben müssten. Dieses Argument ist schon allzuoft als Entschuldigung dafür missbraucht worden, dass wir einer Entwicklung, die wir um ihrer selbst willen verurteilen, fern geblieben sind. Die britische Regierung schreckte weit mehr vor einem Beitritt zum Europa der Sechs zurück als die Regierungen des Commonwealth. Dennoch wollen wir dieses Argument einer Prüfung unterziehen. Erblickte man die Zukunft des Commonwealth in einem engen wirtschaftlichen oder politischen Zusammenschluss, dann wäre es mit einem Beitritt zum Europa der Sechs unvereinbar. Niemand im Commonwealth jedoch strebt einen derartigen Zusammenschluss an. Der politische Zusammenhalt ist sehr lose und es herrscht stets die Tendenz, auch die wirtschaftlichen Bande zu lockern. Der eigentliche Wert des Commonwealth liegt in Zukunft darin, eine Vielzahl von Rassen zu überbrücken, und diese Funktion ist keineswegs unvereinbar mit einem Beitritt zum Europa der Sechs.

Auch muss dieser Beitritt nicht unbedingt eine Beeinträchtigung des Commonwealth-Handels zur Folge haben. Wenn wir bereit wären, unsere Präferenzen gegenüber anderen europäischen Ländern auf den Commonwealth-Märkten aufzugeben (und die "Imperial Preference" wird in jedem Falle schnell ihre Bedeutung verlieren; sie besteht nicht in vielen Teilen des Commonwealth und wird ohnehin in zehn Jahren abgeschafft sein), so würden wir wahrscheinlich ohne Schwierigkeiten dafür sorgen können, dass sich unsere neue Politik nicht abträglich auf den Commonwealth-Export auswirkt.

Wir stehen hier vor einer lebenswichtigen Wahl, die wir bereits allzu lange hinausgezögert haben. Wenn wir uns jetzt nicht bald entscheiden, werden wir unser Land dazu verurteilen, absichtslos dem mächtigen Hauptstrom des wirtschaftlichen Wachstums und politischen Einflusses Europas der Stagnation zu verfallen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel